

Kämmerei

Datum: 2012-03-08

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr.
B-5396/2012

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Finanzausschuss	12.03.2012
Hauptausschuss	13.03.2012
Stadtverordnetenversammlung	27.03.2012

Titel:

Zustimmung zur außerplanmäßigen Auszahlung

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Für den Innenausbau des Postbahnhofs werden 200.000 € außerplanmäßig bereitgestellt.

Finanzielle Auswirkungen: [ja]

Gesamt				Produktkonto
-aufwendungen	[nein]		EUR	
-auszahlungen	[ja]	200.000	EUR	51128.785130
Auswirkung Folgejahre:	[ja/nein]		EUR	

Bestätigung Kämmerin/Abt.-Ltrn. Haushalts- und Geschäftsbuchhaltung:

Bürgermeisterin

Kämmerin

Erläuterung/Begründung:

Aufgrund der sichtbaren Fortschritte bei der Hüllensanierung des Postbahnhofs konnten Interessenten für die Anmietung von Nutzungseinheiten gewonnen werden. Voraussetzung dafür ist, dass die Stadt als Eigentümerin auch im Innern des Gebäudes die Grundversorgung wie Heizungs-, Sanitär- sowie Elektroinstallationen, Grundrissänderungen und den Einbau einer Stahltreppe schafft, an die die Pächter mit ihren nutzungsspezifischen Ausbauten anknüpfen können. Da sich die Stadt somit als Vermieterin gewerblicher Einheiten betätigt, für die sie Mieteinnahmen erzielen wird, sind die zuvor beschriebenen Arbeiten nicht förderfähig. Es sind aus dem städtischen Haushalt 200.000 EUR aufzubringen.

Als Deckungsquellen werden vorgeschlagen:

- **137.841,00 EUR** aus der Rückzahlung eines Prozentpunktes Kreisumlage
Die Erhöhung der Kreisumlage von 45% auf 46% im Jahr 2011 erwies sich aufgrund der im Dezember 2011 versagten Haushaltsgenehmigung als unwirksam. Der Landkreis zahlte deshalb 162.591,00 EUR an die Stadt zurück.
- **47.400,00 EUR** aus den im Haushalt 2012 geplanten Baukosten Berkenbrücker Chaussee
Der Landesbetrieb sieht sich aufgrund seines gegenüber dem Vorjahr halbierten Budgets außerstande, die Landesmittel für die Sanierung der Berkenbrücker Chaussee in Höhe von 1.050.000 EUR aufzubringen. Allenfalls wird es ihm möglich sein, den Abschnitt Beelitzer Tor bis Geraer Straße im Jahr 2012 zu finanzieren. Die Verkleinerung des Bauabschnittes bewirkt auch eine Verringerung des kommunalen Eigenanteils in der genannten Höhe. Die eingesparten Mittel können deshalb für den Innenausbau des Postbahnhofs verwendet werden.
- **14.759,00 EUR** aus einer nicht geltend gemachten Kaufpreisforderung für ein Grundstück am Frankenfelder Berg
Über die zwischen der Stadt und dem Erwerber strittige Forderung über 50.000 EUR sollte ggf. ein Schiedsverfahren entscheiden. Dieses Verfahren wurde nicht innerhalb der vereinbarten Frist eingeleitet. Damit erlischt der Anspruch auf Geltendmachung der Forderung.

Die Auswirkungen auf den Haushalt ergeben sich wie folgt:

Produktkonto	Bezeichnung	Ansatz einschl. HAR und bisherige üpl/apl.	Änderung	neuer Ansatz
51128.096152/ 785130	Bewirtschaftung gesondertes Vermögen / Innenausbau Postbahnhof	0 €	+200.000 €	200.000,00 €
61100.537210	Allgemeine Finanzwirtschaft /Kreisumlage	137.841 €	-137.841 €	0 €
54110.096104/ 785200	Baumaßnahme Berkenbrücker Chaussee	764.152,21€	- 47.400 €	716.752,21€
11130.459292	Finanzverwaltung, Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	0 €	+ 14.759 €	14.759,00 €